

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 1/2020

Juni 2020



**Schule im Ausnahmezustand - wie geht es weiter?
Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung
Jenseits des Kabels - Berufsbildungskongress 2019**

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden
Karl-Heinz Fuß 3

Der VLW bezieht Stellung

Resolution des Landesvorstands:
VLW fordert zeitnahes Konzept für
Beschulung im kommenden Schuljahr 4

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gespräch mit Petra Jendrich, Leiterin
der Abteilung 4A im Bildungsministerium 5

Gespräch mit der Landesvereinigung
der Unternehmerverbände 7

Gespräche mit Bildungspolitikern
der Landtagsfraktionen 7

Aus dem Bundesverband

Jenseits des Kabels -
Berufsbildungskongress 2019 in Berlin 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Henning Fleck, Ludwig-Er-
hard-Schule Neuwied

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

deutlich später als geplant halten Sie nun die neueste Ausgabe des VLW kompakt in Ihren Händen. Aber in den vergangenen drei Monaten hat uns ein kleines Virus gelehrt, dass unsere Planungen das eine sind und die Umsetzung das andere. Wir alle mussten umdenken und neue Wege finden, um miteinander in Kontakt zu bleiben.



Dass das „neuartige Corona-Virus“ mit Namen Sars-CoV-2 auch uns im Landesvorstand des VLW ganz schön in Atem gehalten hat, können Sie an der Vielzahl unserer Veröffentlichungen in den letzten drei Monaten ablesen. Zu Beginn der Schulschließung gab es fast täglich neue Meldungen aus dem Bildungsministerium oder von der ADD, auf die wir (meistens jedenfalls) umgehend reagiert haben. In sieben Pressemitteilungen, zwei Positionspapieren und schließlich einer Resolution haben wir unsere Positionen dargelegt und zusammen mit weiteren Informationen in insgesamt 13 Newslettern zu Ihnen nach Hause transportiert.

Dabei mussten wir allerdings feststellen, dass wir - genauso wie die meisten Schulen bei der technischen Ausstattung - noch etwas Luft nach oben haben, denn noch längst nicht alle unsere Mitglieder beziehen den Newsletter. Wenn Sie das ändern möchten, schreiben Sie uns einfach eine kleine E-Mail an folgende Adresse: info@vlw-rlp.de. Dann sind auch Sie künftig immer topaktuell informiert über die Aktivitäten Ihres VLW!

Auf viele unserer Veröffentlichungen bekamen wir Rückmeldungen von Ihnen, liebe Mitglieder. Dabei waren sowohl bestärkende als auch kritisch hinterfragende Äußerungen. Für beides möchte ich mich im Namen des Landesvorstands an dieser Stelle herzlich bedanken. Es tut einfach gut, wenn die eigene Arbeit wahrgenommen und wertgeschätzt wird.

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:
ruth.jakob@t-online.de bzw.
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Die Infektionsgefahr nicht kleinreden

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Ankündigung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, nach den Sommerferien wieder den regulären Präsenz-Schulbetrieb aufzunehmen, kann man als Bestreben werten, möglichst schnell wieder zur Normalität zurückzukehren. Klar muss jedoch sein, dass es längst nicht mehr so sein wird wie in der Zeit vor dem Corona-Lockdown.

Die Vorstellung, dass alle Schülerinnen und Schüler wie zuvor nach Stundenplan in Präsenz unterrichtet werden können, unterliegt gewissen Voraussetzungen, wenn wir einer neuen Infektionswelle nicht Tür und Tor öffnen wollen. Zwangsläufig werden wir auch weiterhin konsequent die Hygieneregeln einhalten müssen. Da erscheint es geradezu grotesk, dass der Mindestabstand aufgegeben werden soll. Ob es stattdessen eine Maskenpflicht im Klassensaal geben wird, wird derzeit noch diskutiert.

Eine große Bedeutung hat nach Meinung der Experten jedenfalls das Lüften der Räume. Die Schulträger müssen oft erst noch die Möglichkeit schaffen, damit die Fenster vollständig geöffnet und nicht nur gekippt werden können. Des Weiteren soll eine Durchmischung der Schülerinnen und Schüler vermieden werden. Folglich sollten die Klassen nicht gleichzeitig in die Pause gehen, um möglichst wenigen Mitschülern aus anderen Klassen zu begegnen. Innerhalb der berufsbildenden Schulen kann dies organisatorisch zwar realisiert werden. Was passiert jedoch außerhalb des Schulgebäudes? Wie verhalten sich die Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zur Schule und wieder nach Hause? Werden sie die geforderten Abstände im öffentlichen Nahverkehr einhalten können? Was ist mit Auszubildenden, z. B. im Einzelhandel, die im Betrieb mit

vielen Menschen in Kontakt kommen? All die Fragen machen deutlich, dass das Risiko des Aufflammens von Neuinfektionen bestehen bleibt, und zwar mindestens so lange, bis ein wirksamer Impfstoff gegen COVID-19 verfügbar ist.

Das Zurückverfolgen der Infektionskette, das systematische Testen betroffener Personen, die verordnete Quarantäne für einzelne Klassen und möglicherweise die temporäre Schließung von kompletten Schulen sind Maßnahmen, um Hotspots gezielt zu bekämpfen. Klar ist, dass in einem solchen Fall der Fernunterricht wieder ein Thema sein wird. Die begonnenen Schritte zur Digitalisierung müssen deshalb unbedingt weitergeführt werden.

Und nicht wegzudiskutieren ist die Gefahr für unsere Kolleginnen und Kollegen, sich in Ausübung des Dienstes mit COVID-19 zu infizieren. Der Dienstherr muss deshalb alles dafür tun, dass die



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

se Gefahr auf ein Minimum reduziert wird. Sollte es dennoch zu einer Infektion kommen, so läuft diese hoffentlich glimpflich ab. Bei einem schweren Verlauf jedoch, der gar zur Dienstunfähigkeit führt, ist dies aus Sicht des VLW ohne Wenn und Aber als Dienstunfall anzuerkennen. Es kann nicht sein, dass dieses Risiko vom Dienstherrn auf uns Kollegen und Kolleginnen abgewälzt wird.

Vorankündigung:

Landesdelegiertenkonferenz und Tag der kaufmännischen Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

momentan gibt es zwar keine Gewissheit, dass Veranstaltungen in gewohnter Weise stattfinden können, dennoch müssen wir als Landesvorstand den Blick in die Zukunft werfen. Deshalb planen wir, am **2. November 2020** eine **Landesdelegiertenversammlung** durchzuführen, auf der der Landesvorstand neu gewählt und die Listen für die HPR- und BPR-Wahlen im Mai 2021 aufgestellt werden. Bitte denken Sie in Ihren Ortsverbänden schon einmal darüber nach, wer als Delegierte(r) in Frage kommt!

Der nächste **Tag der kaufmännischen Schule** soll am **8. März 2021** in Trier stattfinden. Bitte merken Sie sich beide Termine schon einmal vor!

Der VLW bezieht Stellung

Resolution des Landesvorstands des VLW Rheinland-Pfalz: VLW fordert zeitnahes Konzept für Beschulung im kommenden Schuljahr

Der VLW lobt ausdrücklich die hervorragende Kommunikation zwischen dem Bildungsministerium, der ADD, den Verbänden und den Personalräten seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie. Dadurch konnten viele drängende Fragen zügig beantwortet werden, wenngleich es noch nicht auf alle Fragen Antworten gab und gibt. Wir freuen uns über die Wertschätzung, die den Lehrkräften in dieser schwierigen Zeit entgegengebracht wird. Jedoch wird in der Öffentlichkeit gerne übersehen, mit welchen Zusatzbelastungen unser systemrelevanter Beruf zurzeit konfrontiert wird. Vereinzelt wird aus reiner Effekthascherei Lehrerschelte betrieben und dabei durch Herauspicken von negativen Einzelfällen gleich die ganze Lehrerschaft verunglimpft. Der VLW begrüßt deshalb, dass Ministerium und ADD die außerordentlichen Leistungen von Schulleitungen und Lehrkräften anerkennen. Des Weiteren bedankt sich der VLW für die Erfüllung vieler vorgetragener Forderungen, deren Bedeutung wir den Schulbehörden aufzeigen konnten. Als Beispiele seien hier das Absehen von der Präsenzpflicht der Lehrkräfte während der Schulschließung, die Einführung des landesweiten Videokonferenzsystems, die Freiheit der Schulen für individuelle Beschulungspläne und auch die Ausstattung der Lehrkräfte mit wiederverwendbaren Schutzmasken genannt.

Zwischenzeitlich wird deutlich, dass der Ausnahmezustand durch COVID-19 auch das kommende Schuljahr betreffen wird und es deshalb erforderlich ist, dafür die entsprechenden Planungen vorzunehmen und Vorbereitungen zu treffen. Ziel muss es sein, dass unter

der Bedingung eines bestmöglichen Gesundheitsschutzes für alle Beteiligten ein effektiver und effizienter Unterricht erteilt werden kann, an dem alle Schülerinnen und Schüler teilhaben. Der VLW formuliert dazu die folgenden Anforderungen.

Umsetzung des Hygieneplans

Wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes ist die Einhaltung der Hygieneregeln an den Schulen. Damit die vorgegebenen Abstände eingehalten werden können, darf die Zahl der Personen im Schulbetrieb nicht zu hoch sein. Entsprechende Wegeführungen nach dem Einbahnstraßenprinzip und zeitversetzte Pausen sind adäquate Mittel, um das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Darüber hinaus muss aber auch sichergestellt sein, dass die Schulträger mit Unterstützung des Landes in erforderlichem Umfang Desinfektionsmittel bereitstellen. Zudem muss der Arbeitseinsatz des Reinigungspersonals aufgestockt werden, damit Türklinken, Tische und Toiletten mindestens einmal täglich desinfiziert werden können. Der VLW schlägt vor, Eltern und Schülerinnen und Schüler mittels geeigneter Medien, wie beispielsweise YouTube-Clips, für die Hygieneregeln zu sensibilisieren.

Umsetzung des Digitalpakts beschleunigen und dabei keinen Schülern zurücklassen

Da nicht alle Schülerinnen und Schüler im Präsenzunterricht beschult werden können, muss die Infrastruktur für den Online-Unterricht unverzüglich ausge-

baut werden. Dabei kommt es neben dem Breitbandausbau darauf an, dass sämtliche Schülerinnen und Schüler über Online-Medien erreichbar sind. Das Verleihen von Endgeräten sehen wir als einen richtigen Schritt. Dieser ergibt jedoch nur Sinn, wenn die Betroffenen zu Hause auch über einen leistungsfähigen Internetanschluss sowie einen Drucker verfügen. Auch hierbei muss der Staat unterstützend eingreifen, wenn sich Haushalte dies nicht leisten können.

Unser Dienstherr setzt dabei als selbstverständlich voraus, dass die Lehrkräfte an ihrem heimischen Arbeitsplatz so mit Hard- und Software ausgestattet sind, wie es für einen effektiven Online-Unterricht erforderlich ist. Dies geschieht bis jetzt allein auf Kosten der Beschäftigten, die sich hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit dann auch noch mit den Finanzbehörden auseinandersetzen dürfen. Deshalb fordern wir nachdrücklich Ausstattungsbeihilfen des Landes für die Kolleginnen und Kollegen!

Wir halten es für zielführend, Präsenz- und Online-Unterricht miteinander zu verknüpfen. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Lehrkräfte nicht zusätzlich zu ihren gehaltenen Stunden Online-Unterricht anbieten müssen. Die technische Ausstattung der Schulen muss so gestaltet sein, dass sich Schülerinnen und Schüler von zu Hause oder von den Ausbildungsbetrieben aus am Präsenzunterricht beteiligen können. Dies sollte durch das vom Land in Aussicht gestellte Videokonferenzsystem möglich sein. Darüber hinaus müssen die Klassenräume mit entsprechenden Monitoren ausgestattet werden.

Die Lernplattform Moodle muss auch bei einer großen Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern stabil laufen, was während der Zeit der Schulschließung leider nicht gewährleistet war. Ein elektronisches Klassenbuch ergänzt die Digitalausstattung im Klassensaal und bietet die Möglichkeit, Einblick zu nehmen, welche Themen im Unterricht bearbeitet wurden und wann kommende Leistungsfeststellungen anstehen. Von den Lehrkräften kann aber nicht dauerhaft erwartet werden, dass sie so nebenher auch noch didaktisch aufbereitete Lehrmaterialien für den Online-Unterricht erstellen. Hier ist das Land gefordert, entsprechende Lizenzen zu erwerben und den Schulen zur Verfügung zu stellen. Ebenso sind Nachverhandlungen bei den Gesamtverträgen der Bundesländer mit den Rechteinhabern zur Vervielfältigung an Schulen erforderlich. Es mutet seltsam an, dass eine eingescannte Schulbuchseite zwar per E-Mail an Schüler verteilt werden darf, nicht aber über eine Lernplattform.

Lehrkräfte aus Risikogruppen schützen und Zusatzbelastungen minimieren

Lehrkräfte und solche mit Angehörigen im selben Haushalt, die bei einer Ansteckung durch COVID-19 besonders gefährdet wären, sollen weiterhin von zuhause aus ihren Dienst verrichten

dürfen. Von dort aus können sie über die Lernplattform Moodle und ein Videokonferenzsystem Online-Unterricht anbieten.

Die Lehrkräfte im Präsenzunterricht müssen sich auf Ihre Kernaufgabe, nämlich die Erteilung von Unterricht, konzentrieren können und dürfen nicht durch eine Unmenge an zusätzlichen Aufgaben überlastet werden. Die Verwaltungsvorschrift „Aufsicht an Schulen“ ermöglicht auch den Einsatz von Schülerinnen und Schülern zur Aufsichtsführung, wodurch Lehrkräfte entlastet werden können. Solange zum Präsenzunterricht zusätzlich Online-Unterricht erteilt werden muss, ist dies voll auf das Deputat anzurechnen. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte doppelten Unterricht leisten müssen. Das Land muss dafür gegebenenfalls zusätzliches Lehrpersonal einstellen. Ebenso erwarten wir, dass die momentan vielgelobten Lehrkräfte, die durch Präsenz- und Online-Unterricht doppelt belastet sind und durch ihr großes Engagement dafür sorgen, dass das Bildungssystem in der momentanen Krisensituation nicht zusammenbricht, spätestens im übernächsten Schuljahr durch eine zeitweise Absenkung ihres Deputates entlastet werden.

Durch die wirtschaftlichen Verwerfungen der COVID-19-Pandemie steht zu erwarten, dass für das kommende Ausbil-

dungsjahr weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden und auch, dass Auszubildende ihren Ausbildungsplatz verlieren werden. Aus Sicht des VLW wäre es fatal, diese Situation dafür auszunutzen, unterbesetzte Bildungsgänge an einzelnen Standorten zu schließen. Gerade jetzt ist es wichtig, dass Ausbildungsplätze in der Fläche erhalten werden!

Der VLW fordert entschlossenes Handeln

Die Erfüllung dieser Forderungen in dieser oder einer ähnlichen Form sieht der VLW als Voraussetzung dafür, dass das kommende Schuljahr gelingen kann, ohne dabei einzelne Schülerinnen und Schüler zurückzulassen oder Lehrkräfte zu überfordern. Die Beschleunigung der Umsetzung des Digitalpakts hilft uns gleichzeitig dabei, den Anschluss an die ausbildende Wirtschaft herzustellen und Schule fit zu machen für die Bildung für das digitale Leben. Somit kann es gelingen, aus dieser Krisensituation etwas Gutes für alle hervorzubringen, ohne die Gesundheit der Beteiligten zu gefährden. Damit dies gelingt, sind jetzt zeitnahe Weichenstellungen unabdinglich, auch wenn diese zusätzliches Geld kosten. Berufliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft und darf keinesfalls wirtschaftlichen Erwägungen geopfert werden!

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gemeinsam im Einsatz für die berufliche Bildung - Der VLW im Gespräch mit Abteilungsleiterin Petra Jendrich (Bildungsministerium)

In der Reihe unserer Gespräche mit Akteuren der beruflichen Bildung trafen sich Vertreter des VLW Rheinland-Pfalz nun zum ersten Mal mit der Abteilungsleiterin der Abteilung 4A im Bildungsministerium, Petra Jendrich, zum Gedan-

kenaustausch. In einer von Offenheit und gegenseitigem Interesse geprägten Gesprächsatmosphäre wurde schnell deutlich, dass in den Zielen eine große Übereinstimmung vorliegt und dass die Konfliktlinien eher in der Frage der konkreten Umsetzung liegen.

Aus ihrer Zeit in Bremen kennt Petra Jendrich die Situation, dass die berufliche Bildung ein Stückweit kämpfen

muss, um ihre Gleichwertigkeit mit der allgemeinen Bildung zu verdeutlichen. Auch wenn es in Rheinland-Pfalz eine eigene Abteilung für die BBS gibt – was nicht in allen Ländern Standard ist –, hat sie schnell feststellen müssen, dass auch hierzulande ein unermüdlicher Einsatz für die berufliche Bildung angesagt ist, damit deren Belange ihrer Bedeutung entsprechend wahrgenommen werden.



Im Gespräch mit Petra Jendrich vertraten Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler sowie Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.) die Positionen des VLW

Karl-Heinz Fuß erläuterte zunächst die größten Probleme aus Sicht des VLW. Leider gibt es immer wieder Anlass zu der Sorge, dass die berufliche Bildung unter die Räder zu kommen droht, was durch unser aktuelles Plakat („Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“) trefflich ausgedrückt wird. Besonders bedrohlich wirkt der zunehmende Bedeutungsverlust der Fachlichkeit, der sich nicht nur in Lehrplänen abspielt, sondern durch die Konkurrenzsituation mit IGSn und RSn-plus verstärkt wird. Es ist eine zunehmende Tendenz zu beobachten, auch schwächere Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, was zwangsläufig zu einem Absinken des Niveaus bei gleichzeitig größer werdender Heterogenität führt. Der Markenkern der BBS, junge Menschen fachlich zu qualifizieren, damit diese gut gerüstet in eine Berufsausbildung starten können, muss aus Sicht des VLW unbedingt erhalten bleiben.

Diesem Ansinnen schließt sich die Abteilungsleiterin grundsätzlich an, betont jedoch, dass aus ihrer Sicht, z. B. in der Berufsschule oder in der HBF, die Fachlichkeit nicht zu kurz komme und dass in Schulformen wie der BFI andere Kompetenzen im Mittelpunkt stünden. Sie habe lernen müssen, dass es in Rheinland-Pfalz – abgesehen von den Kammerprüfungen – keine zentralen Abschluss-

prüfungen gibt. Hier schlägt sie eine stärkere Kooperation der BBSn mit den umliegenden Zubringerschulen vor, in denen diese auch Vereinbarungen über erwartete Kompetenzen treffen können. Ein gutes Verhältnis zu den Zubringerschulen liegt auch im Interesse der BBSn, erläutert Karl-Heinz Fuß für den VLW, beklagt jedoch, dass der bundesweit einzigartige Sündenfall der Verlagerung der FOS an die RS-plus das einst gute Verhältnis mit diesen nachhaltig belastet, da eine neue und überflüssige Konkurrenzsituation entstanden ist.

Einen weiteren Schwerpunkt der Unterredung bildete die HBF-Reform. Dirk Mettler legte hier die Position des VLW dar, dass diese noch nicht als gelungen angesehen werden kann. Prinzipiell ist es zwar begrüßenswert, dass die HBF einen Doppelabschluss (Assistentenabschluss sowie FH-Reife) ermöglicht, die in diesem Zusammenhang gemachten Versprechen wurden aber zum großen Teil nicht eingehalten. Eine Differenzierung der Schülerschaft nach angestrebtem Abschluss findet de facto kaum statt, sodass das Heterogenitätsproblem in den Kursen bestehen bleibt. Außerdem wirkt es sich problematisch aus, dass die zur FH-Reife führenden Lernbausteine nicht versetzungsrelevant sind und dass es – leider nicht nur theoretisch – möglich ist, die FH-Reife

zu erlangen, obwohl die Lernbausteine des Assistentenabschlusses vernachlässigt werden, die quasi das Fundament bilden.

Einigkeit bestand in der Auffassung, dass der Assistentenabschluss der HBF eine höhere Anerkennung vonseiten der Betriebe verdient hätte. Petra Jendrich bedauerte, dass die Kammern den HBF-Bildungsgang zwar prinzipiell als Berufsausbildung anerkennen würden, sich ihrerseits aber außerstande sehen, dies auch von den Betrieben zu verlangen. Dirk Mettler regte in diesem Zusammenhang die Reaktivierung der Anrechnungsverordnung an. In dieser könnte verankert werden, dass der Assistentenabschluss als Zwischenprüfung bzw. Abschlussprüfung I anerkannt werden muss. Das würde die Attraktivität dieses Bildungsganges enorm steigern.

Einem von der Landesdirektoren-Konferenz gewünschten Belohnungssystem steht Petra Jendrich prinzipiell offen gegenüber. Der VLW erinnerte in diesem Zusammenhang an seine Forderung, für Lehrkräfte an BBSn die Regelbeförderung nach A 14 wieder einzuführen.

Jürgen Hatzfeld appellierte an die Abteilungsleiterin, sich in Sachen Mehrarbeitsverordnung für eine Sonderregelung für BBSn einzusetzen, da es diesen im Flächenland Rheinland-Pfalz besonders schwer fällt, qualifizierte Vertretungslehrkräfte für die beruflichen Fächer zu finden, was zu einem inakzeptabel hohen Unterrichtsausfall gerade in diesen Fächern führt.

Abschließend bedankte sich Karl-Heinz Fuß für die Vertreter des VLW bei Petra Jendrich für das konstruktive Gespräch, das – auch darüber waren sich alle Beteiligten einig – bald fortgesetzt werden soll.

Duale Berufsausbildung stärken, dem Fachkräftemangel begegnen - Der VLW im Gespräch mit der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU)

Eine große Schnittmenge der Positionen zeigte sich beim Gedankenaustausch zwischen den Vertreterinnen der LVU, Frau Anne Drost und Frau Anne Körr¹⁾, sowie den Vertretern des VLW Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Fuß und Michael Lutz. So lässt sich der Forderungsbrochure des LVU u. a. entnehmen, dass die duale Berufsausbildung gestärkt werden muss. Dazu soll sie „...im Bewusstsein der Gesellschaft und insbesondere der Eltern als gleichwertiger Karriereweg...“ aufgewertet werden. Mindeststandards für fachliche und soziale Kompetenzen sollen als Voraussetzung für die Ausbildungsreife sichergestellt werden. Und die Ausstattung der Schulen soll personell, materiell und finanziell verbessert werden. Die Mittel aus dem DigitalPakt Schule sollen zügig zum Einsatz kommen. Dies sind alles Positionen, die der VLW unterstützt.

Das Thema Landesfachklassen erzeugte jedoch Anlass zur Diskussion. So sehen die Vertreterinnen des LVU die Ausbildungsqualität in einer Landesfachklasse eher gewährleistet. Michael Lutz vom VLW wies jedoch darauf hin, dass die Konzentration der Berufsschulbildung auf wenige Standorte die BBSn im ländlichen Raum schwächt. Wenn die Berufsschule nicht in der Nähe ist,

Der VLW zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion: Martin Brandl MdL, Anke Beilstein MdL, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld, Guido Ernst MdL (v. l. n. r.)



gehen in der Region Ausbildungsplätze verloren, wie die Erfahrung gezeigt hat.

Zur Stärkung der HBF warb Karl-Heinz Fuß dafür, den staatlichen Assistentenabschluss durch die Kammern bzw. Ausbildungsbetriebe anzuerkennen, zumindest als ersten Teil der Abschlussprüfung einer dualen Ausbildung. Dies würde Doppelungen vermeiden und die HBF-Absolventen schneller zum Abschluss der Berufsausbildung führen, was im Prinzip eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten darstellen würde.

LVU und VLW eint die Sorge um die Qualität der beruflichen Bildung. Dass diese im Mittelpunkt stehen muss, darin waren sich die Gesprächsteilnehmer ebenso einig wie darüber, dass der Dialog regelmäßig fortgeführt werden soll.

¹⁾ Frau Anne Drost vertritt in der LVU die Bereiche Bildung und SCHULEWIRTSCHAFT, Frau Anne Körr die Bereiche Wirtschaftspolitik und Bildung.

Im Dialog mit der Politik - Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU

Regelmäßig sucht der VLW den Kontakt zu Bildungspolitikern der Landtagsfraktionen, um auf aktuelle Probleme an den BBSn hinzuweisen sowie seine Positionen zu aktuellen Themen darzulegen. Im Februar führte eine Delegation des VLW Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der CDU. In diesen Gesprächen wurde die Sorge um die Qualität der beruflichen Bildung thematisiert. Fehlende Bildungsstandards in den Zubringerschulen begünstigen, dass die jungen Menschen, die in den BBS-Sektor aufrücken, immer größere Defizite aufweisen, die bis zu den elementaren Kulturtechniken reichen.

Weitere Themen waren die aus Sicht des VLW noch nicht zufriedenstellende Reform der HBF, der Erhalt der BBS in der Fläche, der Dauerbrenner Unterrichtsversorgung und der fehlende Nachwuchs für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Durch die Kontaktbeschränkungen infolge der Sars-CoV-2-Pandemie wurde die Gesprächsreihe unterbrochen. Der VLW strebt eine baldige Fortsetzung der Gespräche mit Vertretern anderer Landtagsfraktionen an.



Der VLW im Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen: Karl-Heinz Fuß, Daniel Köbler MdL, Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.)

Aus dem Bundesverband

Jenseits des Kabels – Berufsbildungskongress 2019 in Berlin

Gigabit für alle, leistungsstarkes W-LAN in allen Klassenräumen, „Bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie – davon war häufig die Rede an den beiden Tagen des Berufsbildungskongresses, den unser Bundesverband BVLB in den Räumen des „dbb-forums“ an der Berliner Friedrichstraße vorbildlich organisiert hatte. Für unseren Bundesvorsitzenden Joachim Maiß stehen diese Begriffe aber für das, worüber gar nicht mehr geredet werden müsse. Der Digitalpakt soll – spätestens – diese Voraussetzungen schaffen. Doch wofür?

- Wie sehen digitale Konzepte für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik aus?
- Welche gesellschaftliche Rolle übernehmen berufliche Schulen in einer digitalisierten Gesellschaft?
- Für welche Berufswelt müssen berufliche Schulen künftig ausbilden?
- Und wie soll die Lehrerfort- und -weiterbildung als Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung aussehen?

Diese Fragen sollten auf dem Kongress behandelt und möglichst auch beantwortet werden. Für den VLW Rheinland-Pfalz nahmen neben dem Landes-

vorsitzenden Karl-Heinz Fuß noch Bernd Zinssius, Björn Jacobs und Michael Lutz teil.

Glenn Gonzales, Chief Technology Officer (CTO) bei SAP Deutschland, führte in das Thema „Chancen und Grenzen von künstlicher Intelligenz als Assistent im Klassenzimmer“ ein und zeigte, wie weit KI mittlerweile den Alltag dominiert.

Und Prof. e. h. Wilhelm Bauer, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), gab zur Einführung „Einblicke in die Arbeitswelt von morgen und übermorgen“.

In zahlreichen Foren wurden danach die Fragestellungen vertieft und – zumindest ansatzweise – beantwortet. Themen dieser Foren waren u.a. „Alles ist im Wandel – Trial and Error“, „Warum wir auch in der digitalen Schule noch Lehrerinnen und Lehrer brauchen“, „Berufliche Schulen digitalfest machen“, „Multiprofessionelle Teams bilden“, „Die Lehrerrolle in der digitalen Welt“, „Classroom-Management und digitaler Unterricht“, „24/7 für Lehrkräfte – die klassische Lehrerarbeitszeitverordnung

hat ausgespielt“. Die Leiterin der Abteilung 4A – Berufsbildende Schulen – im Mainzer Bildungsministerium, Petra Jendrich, hielt darüber hinaus einen Vortrag in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Hauptausschusses Berufliche Bildung der KMK über „Aktuelle Aspekte und Arbeitsfelder der KMK“.

Der Kongress war mit insgesamt ca. 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr als „ausverkauft“, was die Themensetzung im Nachhinein bestätigt hat. Unter den perfekten Bedingungen des dbb-forums wurde eine Mischung aus grundsätzlichen und praxisnahen Themen behandelt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten war der Meinungsaustausch außerhalb der Themenforen von großem Wert für alle Teilnehmenden. Der Bundesverband hat diese Veranstaltungen vorbildlich organisiert und durchgeführt. Die Ergebnisse werden in „Handlungsempfehlungen für den digitalen Unterricht“ münden, über die wir an dieser Stelle noch berichten werden.

Angemerkt: Der DigitalPakt soll möglichst schnell Lücken schließen und die Voraussetzungen für „digitalen Unterricht“ schaffen. Wie dringend das nötig ist, haben die vergangenen Monate schmerzlich deutlich gemacht. Die Versäumnisse der Vergangenheit, angefangen von technischen Unzulänglichkeiten, fehlender und unzureichender Systembetreuung und nicht ansatzweise ausreichenden Fortbildungsmöglichkeiten, sind jetzt deutlich zutage getreten. Es wird höchste Zeit, dass den Sonntagsreden konkrete Taten folgen!



Gemeinsam in Berlin: Harry Wunschel (l.), Vorsitzender des vlbs Rheinland-Pfalz, und Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

Michael Lutz